

1. Juni 2007 / Nr. 58

KOFF – swisspeace

- Humanitäre Akteure diskutieren Flüchtlingskrise im Irak
- KOFF-Trainingsmodul am Basiskurs der Schweizer Armee
- KOFF besucht europäische Vernetzungskonferenz zur Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats
- swisspeace-Jahresbericht 2006 erschienen

Schwerpunkt

- Strategien für zivile Beobachtungs- und Begleitmissionen

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

- Geneva Call: schrittweiser Ansatz für minenfreies Burma/Myanmar
- Caritas-Workshop diskutiert Erfahrungen aus der KOFF-Arbeitsgruppe zu Gender und Friedensförderung
- cfd und medienhilfe engagieren sich gegen den israelischen Mauerbau
- NRO-Koalition lobbyiert für ILO-Konvention 169
- Engagement der Frauen für den Frieden Schweiz für die Russischen Soldatenmütter
- terre des hommes schweiz: psychosoziale Unterstützung für Jugendliche in Tansania, Nicaragua und El Salvador
- PBI Schweiz: Erfahrungsaustausch mit Freiwilligen aus Kolumbien

Schweizer Regierungsstellen

- Schweizer Beitrag zur Stärkung des Friedensprozesses in Aceh
- Erklärung von Guatemala zu Waffengewalt und Entwicklung
- OECD/DAC: Prinzipien für das Handeln in fragilen Staaten und Situationen
- Treffen des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD
- Zwischenergebnisse des DEZA-Projekts „Bedeutung und Rolle von Religion und Spiritualität in der Entwicklungszusammenarbeit“

Internationale Partnerorganisationen

Veranstaltungen, Publikationen, Webtipp

Herausgeber:
Kompetenzzentrum
Friedensförderung KOFF
Sonnenbergstrasse 17
CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12
www.swisspeace.org/koff

KOFF – swisspeace

Links

- [BfM](#): Änderung der Wegweisungspraxis für abgewiesene nordirakische Asylsuchende
- Schweizerische Flüchtlingshilfe: [Irak-Update](#) vom Mai 2007 mit Informationen zur politischen, Sicherheits- und Menschenrechtsslage (Gefährdungsprofile) sowie zu Justiz und sozioökonomischer Situation (verletzliche Gruppen)
- UNHCR: neustes [Positionspapier](#) zum Irak
- DEZA: [Webseiten](#) zum Irak

Weitere Informationen:
KOFF [Anita Müller](#)

Humanitäre Akteure diskutieren Flüchtlingskrise im Irak

An einem Irak-Rundtisch im KOFF kamen Anfang Mai rund 20 Vertreterinnen und Vertreter von verschiedenen Bundesstellen und schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) zu einer Lageeinschätzung zusammen. Im Zentrum der Diskussion standen die humanitäre Situation und die Flüchtlingsproblematik. Als Folge der katastrophalen Sicherheitslage leben heute rund vier Millionen Menschen als Vertriebene innerhalb des Landes (IDPs) und als Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern. Hinzu kommt eine zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und eine kleine Zahl von Schweizer NROs leisten vor allem aus dem Norden des Iraks und den umliegenden Ländern Unterstützung. Als Herausforderungen bezeichneten sie die Sicherheit ihrer irakischen Mitarbeiter vor Ort und den schlechten Ruf der internationalen humanitären Gemeinschaft bei der irakischen Bevölkerung. Dieser komme als Folge der zunehmenden Verwischung von politischen, militärischen und humanitären Aktionen zustande. Wie Projekte trotzdem viel Wirkung erzeugen können, zeigte ein Vertreter einer seit 1991 im Irak tätigen deutschen NRO auf. Als Erfolgsfaktoren nannte er die Abstützung auf lokale Eigeninitiative und die Zusammenarbeit mit der jungen Generation und mit Frauen.

Viel zu diskutieren gab die vom Bundesamt für Migration (BfM) Anfang Mai verfügte Änderung der Wegweisungspraxis für abgewiesene nordirakische Asylsuchende. Die Rückkehr in den Norden wird gemäss dieser Änderung wieder als zumutbar betrachtet. Zwar stimmten die Anwesenden mit der Einschätzung überein, dass die Sicherheitslage im Norden besser sei als im Rest des Landes. Die Situation sei aber angespannt und könne sich schnell ändern. Bereits jetzt halte sich eine grosse Zahl von IDPs im Norden auf, die Rückkehr weiterer Flüchtlinge würde die dortige Gesellschaft zusätzlich belasten, hiess es an der Veranstaltung. Es wurde angeregt, die Schweiz solle sich stärker engagieren, auch den Menschen vor Ort Perspektiven anzubieten. Ausserdem müssten irakische Rückkehrwillige die Garantie erhalten, im Notfall wieder in der Schweiz aufgenommen zu werden. Die Anwesenden sprachen sich dafür aus, dass KOFF die Rundtischtreffen zum Irak weiterführt.

08.05.2007

Links

- [Ausbildungszentrum SWISSINT](#)
- [Partnerschaft für den Frieden](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Steffen Rottler](#)

KOFF-Trainingsmodul am Basiskurs der Schweizer Armee

Wie in den vergangenen Jahren beteiligte sich KOFF auch dieses Jahr wieder am Basiskurs der Schweizer Armee, der Militärangehörige für Friedensmissionen ausbildet. KOFF führte dazu im Mai ein Kursmodul zur Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NROs) in der Friedensförderung durch. Dabei wurden auch Fragen der zivilen Friedensförderung, der Dynamik von Friedensprozessen sowie die Rollenverteilung und Spannungen zwischen NROs und militärischen Akteuren im Kontext von Friedensmissionen erörtert.

Der Kurs wird vom Ausbildungszentrum SWISSINT der Schweizer Armee im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden zweimal jährlich in Stans durchgeführt. Neben Schweizer Armeemitgliedern nahmen auch solche aus verschiedenen Mitgliedstaaten der Partnerschaft für den Frieden teil. 22.05.2007

Links

- [Feministisches Institut Heinrich Böll Stiftung](#)
- [Schweizer Umsetzungsplan d, e, f, i](#)
- [Umsetzungspläne aus NO, GB, SW, DK](#)
- [Frauensicherheitsrat](#)
- [WILPF](#)
- [PeaceWomen Across the Globe](#)
- [EPLO: Gender, Peace and Security](#)
- [UNIFEM](#)

Weitere Informationen:
KOFF [Cordula Reimann](#)

KOFF besucht europäische Vernetzungskonferenz zur Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats

Anfang Mai fand in Berlin eine viertägige Veranstaltung zur internationalen Umsetzung der Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats statt. Die Tagung wurde vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem deutschen Frauensicherheitsrat organisiert und von über 100 Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, des EU-Parlaments und von staatlichen Behörden besucht. Das Hauptziel der Veranstaltung bestand in der Konkretisierung der nächsten Schritte zur Umsetzung der Resolution in allen EU-Ländern.

Thematisch war die Veranstaltung zweigeteilt: Auf der einen Seite standen die Auswirkungen der Friedens- und Sicherheitspolitik der EU im Vordergrund. Dabei wurden ausgewählte Fallstudien aus dem Kosovo, Bosnien, Herzegowina, dem Nahen Osten, Kongo und Afghanistan diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch auf die aktuelle Situation in Darfur gerichtet. Auf der anderen Seite wurde der aktuelle Stand der Umsetzung von 1325 in der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik besprochen. Hier standen die existierenden Aktionspläne von England, Schweden, Norwegen und der Schweiz im Vordergrund. Zudem wurden das Networking, die EU-Lobbyarbeit und ein Fahrplan zur europaweiten Umsetzung der Resolution 1325 diskutiert. KOFF nahm an der Veranstaltung teil und stellte unter anderem den Nationalen Umsetzungsplan der Schweiz vor.

08.05.2007

Links

- [swisspeace Jahresbericht 2006](#)

swisspeace-Jahresbericht 2006 erschienen

Der swisspeace-Jahresbericht 2006 ist erschienen. Er bietet auf rund 30 Seiten einen Überblick über die Aktivitäten der schweizerischen Friedensstiftung im vergangenen Jahr. Dieses stand im Zeichen des erfolgreichen Aufbaus kleiner Programmzweige, der Evaluation des Frühwarnprogramms FAST International und einer stärkeren inhaltlichen Schwerpunktlegung auf Forschung und Friedensförderung. 20.05.2007

Schwerpunkt

Links

- [Handbuch](#) des Centre for Humanitarian Dialogue „Proactive Presence – Field strategies for civilian protection“
- [Peace Brigades International Schweiz](#)
- [Artikel von PBI](#) in dieser Newsletterausgabe über Erfahrungen aus Kolumbien
- [Peace Watch Switzerland](#)

Was muss im Feld wie gemacht werden?

Strategien für zivile Beobachtungs- und Begleitmissionen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten führten verschiedene zivile internationale Akteure unbewaffnete Begleit- und Beobachtungsmissionen durch, um Zivilbevölkerungen in Kriegs- und Krisengebieten zu schützen. Nicht allen Missionen war der gleiche Erfolg beschieden. Das „Centre for Humanitarian Dialogue“ (hd centre) hat das oft intuitive Verständnis der Akteure und die daraus folgenden Methoden und Techniken untersucht. Dieser Schwerpunktartikel fasst die wichtigsten Erkenntnisse zusammen.

Die Frage der Effektivität von Feldeinsätzen zum Schutz der Bevölkerung wurde in den letzten zwei Jahrzehnten wenig beachtet. Deshalb hat das hd centre verschiedene Studien durchgeführt, um das Verständnis der Akteure im Feld, was wie gemacht werden muss und was weshalb funktioniert, zu erfassen. Demnach verfolgt die „proaktive Feldpräsenz“, wie das centre die Beobachtungsmissionen nennt, das Ziel, Menschenrechtsverletzungen zu verhindern, das Verhalten von Gewalttätern zu beeinflussen und gleichzeitig die Selbstschutzstrategien der Zivilbevölkerung zu stärken. Allenfalls können sogar institutionelle Reformen begünstigt und Konfliktdynamiken und strukturelle Ursachen für Menschenrechtsverletzungen beeinflusst werden. Die Präsenz im Feld verfolgt einen mehrstufigen Ansatz: sie peilt die gesamte Befehlskette zwischen Entscheidungsträgern und Tätern an, indem der Kontakt zu militärischem und zivilem Personal auf verschiedenen Hierarchiestufen gesucht wird. Die Beobachtungen und Untersuchungen vor Ort können zudem deutlich machen, wer für welche Vorkommnisse verantwortlich ist. Schliesslich kann das Engagement internationaler Akteure durch die Präsenz ihrer eigenen Landsleute verstärkt werden.

Die Informationsbeschaffung im Rahmen von Beobachtungsmissionen konzentriert sich meistens auf die Opfer und deren Verwundbarkeiten. Eine Situationsanalyse sollte aber auch Information über die Täter enthalten, deren Motivationen, Ziele und Interessen politischer, ökonomischer, persönlicher, familiärer oder ethnischer Natur, sowie deren Kommandostrukturen und Dienstwege. Auf der Basis dieser Information können dann geeignete Strategien erarbeitet werden. Dieser Prozess benötigt viel Zeit und institutionelle Kapazitäten.

Fünf Kernstrategien

Das hd centre schlägt fünf Kernstrategien vor, die als eigentliche Basisbausteine bei der Planung einer Feldmission zum Schutz der Zivilbevölkerung gedacht sind. Diese Strategien sind nicht als exklusiv zu verstehen, vielmehr sollten sie kombiniert, auf die jeweilige Situation angepasst und ergänzt werden.

- Diplomatische Interventionen in alltäglichen Situationen und ständiger Kontakt mit politischen Schlüsselakteuren auf lokaler und nationaler Ebene können die Zahl der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung verringern.
- Jede sichtbare internationale Präsenz erinnert Täter daran, dass sie internationale Interessen in ihre politischen Kalküle einbeziehen müssen. Zudem fördert

die sichtbare Präsenz das Selbstvertrauen der Zivilbevölkerung. Um die Sichtbarkeit zu verbessern, können Zweigstellen im gesamten Krisengebiet eröffnet, Feldbesuche durchgeführt sowie direkter Begleitschutz angeboten werden. Dabei ist es wichtig, Missionen nicht auf sichere Gebiete zu beschränken.

- Feldpräsenz kann Menschen helfen, ihre Ängste zu überwinden und gewaltfrei aktiv zu werden. Internationale Missionen können durch sichtbare Kontakte zu Vertretern von marginalisierten und stigmatisierten Bevölkerungsgruppen deren öffentliche Legitimität wiederherstellen.
- Eine internationale Feldpräsenz stellt eine potentielle Brücke zwischen Konfliktparteien dar. Günstigenfalls werden zivilgesellschaftliche, religiöse, staatliche und internationale Akteure mit gleichen Anliegen zusammengeführt.
- Öffentliche Berichterstattung und Anwaltschaft, beispielsweise Information über Menschenrechtsverletzungen, Medienarbeit und die Organisation von öffentlichen Veranstaltungen, zielen darauf ab, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Situation vor Ort zu lenken und Druck durch Drittakteure auszulösen.

Den Herausforderungen begegnen

Die Herausforderungen einer Feldmission sind mannigfaltig und gute Absichten führen nicht notwendigerweise zu guten Ergebnissen. Deshalb ist es unerlässlich, die Prinzipien von „Do no harm“ anzuwenden und gewisse Verhaltensregeln einzuhalten. Jede Feldmission zum Schutz der Zivilbevölkerung birgt zudem Gefahren. Es ist wichtig, dass jede Mission die existierenden Sicherheitsrichtlinien ernst nimmt und auf der Basis lokaler und politischer Eigenheiten eigene Sicherheitsbeurteilungen erarbeitet. Zudem müssen institutionelle Herausforderungen beachtet werden: ein vom Ansatz überzeugtes, trainiertes Team mit den nötigen Sachkenntnissen; ein gutes Abkommen mit den lokalen Akteuren, das einen gewissen Handlungsspielraum gewährt; die kritische Grösse einer Mission; die Pflege der moralischen und mentalen Gesundheit des Teams; und ein auf den gemachten Erfahrungen basierendes Wissensmanagement.

Das hd centre hält fest, dass unbewaffnete Präsenz nicht in jedem Fall die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vermindert. In gewissen Situationen kann jedoch ein strategischeres und taktischeres Vorgehen der Akteure zu besseren Resultaten führen.

Sehen und gesehen werden –

Einschätzungen von PBI und Peace Watch Switzerland

Peace Brigades International (PBI) Schweiz und Peace Watch Switzerland sind zwei Akteure aus der Schweiz, die internationale Begleitmissionen durchführen. PBI unterstreicht die Ansicht, dass die verschiedenen vom hd centre genannten Strategien kombiniert werden müssten. Dies bedinge eine lange Vorphase der Sozialisierung und Akzeptanz. Man müsse dauernd dran arbeiten, dass die internationale Präsenz tatsächlich abschreckend wirke. Heute würden zudem die politischen, militärischen und humanitären Akteure lokal immer verwischter und diffuser wahrgenommen. Dieser Umstand erschwere die Arbeit der Begleitmissionen, meint PBI.

Weitere Informationen:

- Centre for Humanitarian Dialogue
[Liam Mahony](#)
- Peace Watch Switzerland
[Kathrin Salmon](#)
- PBI Schweiz
[Sabine Ziegler](#)

Für Peace Watch Switzerland besteht die Hauptaufgabe ihrer Begleitmissionen darin, Präsenz zu markieren. Allein die Anwesenheit von ausländischem Personal verhindere, dass Übergriffe unbemerkt geschähen. Die ausländische Präsenz ermögliche den Einheimischen, regelmässig ihrer täglichen Arbeit nachzugehen und ruhiger zu schlafen. Für diese Begleitarbeit seien eine solide Vorbereitung und eine innere Grundhaltung wesentlich. Die Begleiterinnen und Begleiter von Peace Watch mischen sich nicht in Konflikte ein, weder vermittelnd noch bei anderen Aktivitäten. Dahinter steht die Grundhaltung des absoluten Respekts gegenüber der lokalen Bevölkerung, der ein selbstbestimmtes Handeln in allen Situationen zugetraut wird.

Schweizer Nichtregierungsorganisationen

Links

- [Weitere Informationen von Geneva Call](#)
- [Geneva Call](#)
- Geneva Call:
[Deed of Commitment](#)

Weitere Informationen:
Geneva Call
[Katherine Kramer](#)

Geneva Call: schrittweiser Ansatz für ein minenfreies Burma/Myanmar

„Nichtstaatliche Akteure sind Teil des Problems, deshalb sind sie auch Teil der Lösung“, lautet das Motto der Genfer Nichtregierungsorganisation Geneva Call. Was aber ist zu tun, wenn nichtstaatliche Akteure beispielsweise nicht bereit sind, auf den Einsatz von Landminen zu verzichten? Geneva Call wendet in diesen Fällen eine flexible Strategie an, die kontinuierlichen Dialog, Verhandlungen und einen Schritt-für-Schritt-Ansatz enthält.

Nachdem Geneva Call einen solchen Ansatz erfolgreich in Kolumbien angewendet hat, verfolgt die Organisation diese Strategie nun auch in Burma/Myanmar. Geneva Call diskutiert mit jedem nichtstaatlichen Akteur einzeln, welche Schritte hin zu einem Verbot des Einsatzes von Minen er unternehmen kann. Solche Schritte können beispielsweise darin bestehen, den Einsatz von Minen strenger zu kontrollieren, Dorfbewohner über den Standort von Minen zu informieren, Aufklärung über die Risiken zu leisten, Opfer zu unterstützen und gefährliche Gegenden zu überwachen.

In der Folge dieser Gespräche haben verschiedene Akteure ihre Minenpolitik überdacht. Zwei Dachorganisationen bewaffneter nichtstaatlicher Akteure haben das Thema auf die Traktandenliste ihrer Treffen genommen. Im April haben zudem drei Organisationen den „Deed of Commitment“ von Geneva Call unterzeichnet und damit auf den Einsatz von Minen ganz verzichtet.

23.05.2007

Links

- [KOFF-Arbeitsgruppe Gender & Peace-building](#)

Weitere Informationen:
Caritas [Barbara Lutz](#)
KOFF [Cordula Reimann](#)

Caritas-Workshop diskutiert Erfahrungen aus der KOFF-Arbeitsgruppe zu Gender und Friedensförderung

Anfang Mai hat Caritas Schweiz einen internen Workshop organisiert. Dieser verfolgte das Ziel, die Lehren aus der KOFF-Arbeitsgruppe „Gender & Peace-building“ einem weiteren Kreis von Caritas-Mitarbeitenden vorzustellen. In der KOFF-Arbeitsgruppe waren in den letzten zwei Jahren zwei Caritas-Mitarbeitende vertreten. Unter anderem präsentierte KOFF an dem Caritas-Workshop auch die Resolution 1325 des UNO-Sicherheitsrats und den entsprechenden Schweizer Aktionsplan. 08.05.2007

Links

- [Batshalom](#)
- [KOFF-Webseiten zu Israel/Palästina](#)

Weitere Informationen:
cfd [Ursula Keller](#)
medienhilfe
[Nena Skopljanac](#)

cfd und medienhilfe engagieren sich gegen den Mauerbau in Jerusalem

Israelische Friedensgruppen und palästinensische Organisationen wehren sich gegen den Mauerbau, mit dem Israel die Trennung zwischen Palästina und Israel zementieren will. An einem Workshop in Jerusalem haben Vertreterinnen der cfd-Partnerorganisationen „Bat Shalom“ und des palästinensischen „Jerusalem Center for Women“ (JCW) an ihrer gemeinsamen Kampagne gefeilt. Diese zielt darauf ab, die Öffentlichkeit über die unrechtmässige Teilung Jerusalems zu informieren und den Widerstand der Betroffenen dagegen zu stärken. Der Workshop wurde moderiert von der medienhilfe und verbunden mit einem Training in strategischer Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Der cfd wird die beiden Frauenorganisationen und die gemeinsame Kampagne als „Jerusalem Link“ weiterhin unterstützen.

In einem zweiten Workshop evaluierte die medienhilfe das cfd-unterstützte Projekt „Women Oral History“. Unter der Projektleitung der Frauenorganisation „Frauen – Medien – Entwicklung“ (TAM) sind bisher in Zusammenarbeit mit acht Fernsehstationen aus der Westbank neun Dokumentarfilme über das Leben von Frauen in Palästina entstanden, die ein Gegengewicht zur traditionellen Frauendarstellung in den Medien bilden. Im Vordergrund des von der medienhilfe moderierten Evaluations-Workshops mit TAM und den TV-Direktorinnen stand die institutionelle Entwicklung der beteiligten Stationen und die Erwartungen an die Projektzusammenarbeit. Der cfd wird das Projekt „Women Oral History“ weiterhin unterstützen. Die medienhilfe prüft eine direkte Zusammenarbeit mit TAM und den beteiligten lokalen TV-Sendern. 09.05.2007

Links

- [swisspro-ILO169](#)

Weitere Informationen:

[Tildy Hanhart](#) Mitglied der Arbeitsgruppe swisspro-ILO169.

NRO-Koalition lobbyiert für ILO-Konvention 169

In der Koalition von Nichtregierungsorganisationen (NRO) „swisspro-ILO169“ sind über dreissig Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Hilfswerke, Kirchen und Gewerkschaften zusammengeschlossen, um auf die Wichtigkeit einer Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch die Schweiz hinzuweisen. Diese Konvention ist das einzige verbindliche Instrument zum Schutz der indigenen und tribalen Völker. Am 4. Mai erläuterten zwei Mitglieder der Koalition in einer Sitzung der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates die Gründe, die für eine Ratifikation durch die Schweiz sprechen. Im Hinblick auf dieses Treffen erarbeitete „swisspro-ILO169“ ein Argumentarium, das Stellung nimmt zu einem früheren entsprechenden Bundesratsbericht.

Die Schweizer Regierung befürchtet Leistungsansprüche der Fahrenden, die sich als tribales Volk deklarieren und so in den Anwendungsbereich der Konvention fallen könnten. Der Bedarf an gesetzlichen Anpassungen und grössere finanzielle Aufwendungen werden als Hindernis einer Ratifizierung im Bericht des Bundesrates genannt. Dabei ist die Schweiz bereits durch andere Verträge zu diesen Leistungen verpflichtet. Durch die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 würde die Schweiz jedoch ein wichtiges aussenpolitisches Instrument zum Schutz der indigenen und tribalen Völker erhalten, heisst es von Seiten von swisspro-ILO169. Eine Ratifizierung wäre nicht nur ein wichtiges internationales Signal, die Schweiz würde auch aussenpolitisch an Handlungsspielraum und an Glaubwürdigkeit gewinnen.

18.05.2007

Links

- [Frauen für den Frieden Schweiz](#)

Engagement der Frauen für den Frieden Schweiz für die Russischen Soldatenmütter

Auf Einladung der Frauen für den Frieden Schweiz weilte die Präsidentin des Regionalkomitees der Russischen Soldatenmütter aus Petrozavodsk, Russisch Karelien in der Schweiz. In Vorträgen in Zürich, Winterthur, Bern, Genf und Basel berichtete sie über die Tätigkeiten ihrer Organisation. Kernaufgabe der aktiven Soldatenmütter in Russland ist die Beratung und Information von jungen Männern über ihre Rechte und Pflichten vor der Einberufung ins Militär und bei Problemen während des Wehrdienstes. Im Büro in Petrozavodsk wurden im zweiten Semester 2006 über 300 juristische Beratungen durchgeführt. Wenn nötig werden die Klagen der Wehrmänner auch vor Gericht vertreten. Im letzten Halbjahr wandten sich etwa 25 Prozent der Stellungspflichtigen mit Anfragen an die Soldatenmütter.

Eine Vertreterin der Soldatenmütter nimmt zudem Einsitz in der Rekrutierungskommission. Als Folge davon wurden beispielsweise im zweiten Semester 2006 25 Beschwerden begutachtet und zugunsten der Rekruten gutgeheissen und 8 weitere zu medizinischen Abklärungen überwiesen. Im Weiteren besuchen die Soldatenmütter in Zusammenarbeit mit Vertretern der Regionalregierung und der Heeresstaatsanwaltschaft Truppenstandorte im Militärbezirk von St. Petersburg

Weitere Informationen:
Frauen für den
Frieden Schweiz
[Lini Culetto](#)

und überprüfen die Verhältnisse in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte.

Frauen für den Frieden Schweiz unterstützen die Regionalgruppe in Karelien seit 2003 finanziell. 2002 und 2005 wurden Besuche in Petrozavodsk organisiert, bei denen sich die Frauen für den Frieden von der Qualität der Tätigkeiten der Soldatenmütter überzeugen konnten. Seither finden vermehrt persönliche Begegnungen statt.

19.05.2007

Links

- [Weitere Informationen](#) zur Veranstaltung von terre des hommes schweiz

Weitere Informationen:
terre des hommes schweiz
[Katja Schurter](#)

terre des hommes schweiz: psychosoziale Unterstützung für Jugendliche in Tansania, Nicaragua und El Salvador

Wenn traumatisierte Kinder und Jugendliche ihre Erlebnisse verarbeiten und ihre Fähigkeiten kennen lernen, können sie darauf eine Existenz aufbauen. terre des hommes schweiz veranschaulichte den Ansatz der psychosozialen Unterstützung Mitte Mai mit einer Veranstaltung.

Die Fachfrau Irene Bush zeichnete das Bild eines Kindes, das seine Eltern verloren hat und in ein Loch stürzt. Dem Kind werden Nahrung und Kleidung gebracht. Psychosoziale Unterstützung aber reicht dem Kind eine Leiter und unterstützt es dabei, aus dem Loch zu klettern.

Durch HIV/Aids und den Verlust ihrer Eltern traumatisierte Kinder und Jugendliche lernten, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Sie erführen in Gruppensitzungen, dass andere Kinder Ähnliches erlebt hätten, führte Marcelina Biro, nationale Koordinatorin von terre des hommes schweiz in Tansania aus. Sie sähen, dass sie nicht schuld an ihrem Schicksal seien und dass sie Fähigkeiten hätten. Nach und nach gewannen sie an Selbstvertrauen. Die Gruppensitzungen werden in Tansania von älteren Jugendlichen geleitet, die ähnliche traumatische Erlebnisse schon weiter verarbeitet haben.

Zusammen lernen die Kinder und Jugendlichen auch, dass sie Rechte haben und wie sie Forderungen stellen können. Anna Rose Stobbe, Koordinatorin in Nicaragua und El Salvador erläuterte: „Psychosoziale Unterstützung ist in allen Bereichen wichtig. Sie geht nicht von Menschen als Opfer aus, sondern von ihrem Potenzial.“

Der psychosoziale Ansatz stärkt die Menschen nachhaltig und wirkt auch dann noch, wenn Geldgeber sich zurückgezogen haben. Deshalb sei die psychosoziale Dimension so wichtig für die Entwicklungszusammenarbeit, hiess es an der Veranstaltung.

15.05.2007

Links

- [Peace Brigades International Schweiz](#)

Weitere Informationen:

PBI Schweiz [Anita Linares](#)

PBI Schweiz: Erfahrungsaustausch mit Freiwilligen aus Kolumbien

Mitte Mai berichteten zwei Freiwillige von Peace Brigades International (PBI) Schweiz in Bern von ihren Einsätzen in Kolumbien. Gabriele Stämpfli sprach über die Arbeit in zwei Friedensgemeinden (CAVIDA und San José de Apartadó) in Urabá. PBI begleitet deren Bewohner seit ihrer gewaltsamen Vertreibung 1997 und der schrittweisen Rückkehr in ihr angestammtes Gemeindegebiet ab dem Jahr 2000. Total leben etwa 2000 Personen in humanitären Zonen, für welche die Interamerikanische Menschenrechtskommission dem kolumbianischen Staat Schutzmassnahmen für die Sicherheit der Bevölkerung auferlegt hat, die nur zum Teil erfüllt wurden. Seiher müssen sich die Gemeinden gegen Verleumdung und Vorurteile wehren, weil sie jegliche bewaffnete Präsenz in ihren Gebieten ablehnen. Neben der erneuten Bedrohung durch (para)militärische Übergriffe sind auch die willkürlich verfassten, oft auf falschen Zeugenaussagen beruhenden Anklagen und Verhaftungen eine Gefahr für die Gemeinden. Infolge fehlender finanzieller und anderer Möglichkeiten können sie nur bedingt den Verhaftungen und Anklagen entgegentreten.

Anita Linares fokussierte in ihrem Beitrag auf Menschenrechtsverletzungen, mit welchen sich die von PBI begleiteten Organisationen auseinandersetzen müssen. Umweltzerstörung, verschwundene Angehörige, Zerstörung von Lebensgrundlagen, Vertreibungen, Morde, Verfolgungen, willkürliche Verhaftungen und Ausbeutung sind nur einige der Konsequenzen, welche durch die Verletzung von Grundrechten entstehen. Der zurzeit stattfindende Verhandlungsprozess zwischen Regierungsstellen und Paramilitärs führt zudem zu neuen Herausforderungen für die lokalen Nichtregierungsorganisationen wie auch für PBI. Durch diesen Prozess werden die Paramilitärs politisiert und „legalisiert“, so dass es sie offiziell gar nicht mehr gibt und offiziell auch kein bewaffneter Konflikt mehr stattfindet. Somit müssen neue Strategien und Instrumente gefunden werden, um die Arbeit weiterzuführen. Für PBI bedeutet dies unter anderem, die politische Begleitarbeit sowohl im In- wie auch im Ausland auszubauen.

11.05.2007

Schweizer Regierungsstellen

Links

- [KOFF-Webseiten zu Indonesien](#)

Weitere Informationen:
PA IV [Tamara Murer](#)

Schweizer Beitrag zur Stärkung des Friedensprozesses in Aceh

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) unterstützt in der indonesischen Provinz Aceh im laufenden Jahr eine Reihe von Prozessen, Organisationen und Projekten, um den Friedensprozess zu stärken. Die Federführung des Engagements liegt bei der Politische Abteilung IV (PA IV) in Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft in Jakarta.

In Aceh ist es in den vergangenen Monaten zu verschiedenen Zwischenfällen und zuletzt zu mehreren Granatenexplosionen gekommen. Dies verdeutlicht, dass der grundsätzlich erfolgreiche Friedensprozess noch brüchig ist. Auch ist die Zivilgesellschaft nur mangelhaft in den Prozess eingebunden.

Das Aceh-Programm 2007 weist vier Schwerpunkte auf. Ein erster stellt die Förderung eines formellen Mechanismus für Streitschlichtung und Konfliktprävention dar. Dazu wird die Genfer Organisation Interpeace unterstützt, die in Partnerschaft mit dem „Indonesian Peace Institute“ in Aceh auf die Errichtung eines solchen Schlichtungsgremiums hin arbeitet. Interpeace verfolgt damit das Ziel, zur weiteren Umsetzung des „Memorandum of Understanding“ von Helsinki aus dem Jahr 2005 zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh (GAM) beizutragen.

Ein zweiter Schwerpunkt zielt auf einen Mechanismus für Justiz in Transitionsprozessen und Vergangenheitsarbeit ab. Zivilgesellschaftliche Akteure werden bei der Schaffung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission für Aceh finanziell und mit fachlicher Expertise unterstützt.

Weitere Bereiche des Aceh-Programms sind geplante Aktivitäten zur Unterstützung der Transformation der GAM zu einem politischen Akteur und zur Förderung der politischen Partizipation der Zivilgesellschaft.

Links

- [Regional Declaration of Guatemala on Armed Violence and Development](#)

Erklärung von Guatemala zu Waffengewalt und Entwicklung

Ende April fand in Guatemala-Stadt eine von der guatemaltekischen Regierung und der Schweiz zusammen mit dem „United Nations Development Programme“ (UNDP) geleitete zweitägige Konferenz statt. Beim Treffen ging es darum, die Prinzipien der „Genfer Erklärung“ vom Juni 2006 den Bedingungen der Länder Lateinamerikas und der Karibik anzupassen. Neben Regierungsstellen aus zwölf lateinamerikanischen Staaten nahmen auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Verminderung von Waffengewalt und Entwicklung befassenden, teil.

Im Anschluss an die Konferenz unterzeichneten die zwölf Staaten Lateinamerikas die „Regionalerklärung von Guatemala zu Waffengewalt und Entwicklung“. Dieses Dokument liefert nach Ansicht der Konferenzteilnehmenden die ersten

Weitere Informationen:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

[Roland Dreyer](#)

konkreten Rahmenbedingungen in Lateinamerika bezüglich dieses Themenkreises. Die Unterzeichnenden bestätigten darin, dass für die Verminderung von Waffengewalt eine angemessene nationale und internationale Entwicklungspolitik, eine Senkung der Arbeitslosigkeit und eine Verbesserung des Erziehungssystems wichtige Hilfsmittel darstellen. Sie stimmen auch überein, dass Bemühungen und Programme bezüglich der Eindämmung von Waffengewalt vermehrt in Entwicklungsstrategien eingebettet werden müssen. Die Unterzeichnenden verpflichten sich zudem, die Waffengewalt in politischen Konflikten und in organisierten kriminellen Aktivitäten mit konkreten Maßnahmen gemeinsam zu bekämpfen.

Weitere regionale Konferenzen zu Waffengewalt und Entwicklung sind im September für Afrika und im März 2008 in Bangkok für Asien geplant. Ferner ist ein regionales Treffen in Südosteuropa vorgesehen. 21.05.2007

Im Juni 2006 führte die Schweizer Regierung zusammen mit dem UNDP in Genf eine Ministerkonferenz zum Thema Waffengewalt und Entwicklung durch. Dabei stimmten 42 Staaten der „Geneva Declaration on Armed Violence and Development“ zu und verpflichteten sich, Maßnahmen zu ergreifen, um die bewaffnete Gewalt, die sich negativ auf die wirtschaftliche und menschliche Entwicklung von vielen Ländern auswirkt, einzudämmen. Seither haben acht weitere Staaten die Deklaration unterschrieben und verschiedene andere beabsichtigen, dies bald zu tun.

Links

- [10 DAC Principles for Good International Engagement in Fragile States and Situations](#)
- OECD/ DAC [Fragile States Group](#)
- [Paris Declaration on Aid Effectiveness](#)

OECD/DAC: Prinzipien für das Handeln in fragilen Staaten und Situationen

In der internationalen Zusammenarbeit ist die Überzeugung gewachsen, dass in fragilen Staaten nicht die normalen und bewährten Entwicklungsprogramme und Strategien zur Anwendung kommen können. Als Folge davon hat das „Development Assistance Committee“ (DAC) der OECD Anfang April in Paris nach einem dreijährigen Erarbeitungsprozesses zehn Prinzipien für ein internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen formell angenommen. Die Geberländer stehen nun vor der Herausforderung, ihre Aktionen in fragilen Staaten anzupassen und die richtigen Leute vor Ort einzusetzen.

Das „Mainstreaming“ der Prinzipien wird mit unterschiedlichen Strategien angegangen. So wird eine Präsentation an den Hauptsitzen der Entwicklungsagenturen der OECD-Länder und später im Feld durchgeführt. Zudem müssen die Bezüge der Prinzipien zur Pariser Deklaration zu „Aid Effectiveness“ erarbeitet werden, damit die beiden Themen gemeinsam angegangen werden. Die Überprüfung, ob die Prinzipien von den OECD-Ländern tatsächlich angewendet werden, soll durch die „Peer Review“ des DAC erfolgen. Schliesslich wird ein internationaler Erfahrungsaustausch zum „Whole of Government“-Ansatz angeregt, der in fragilen Kontexten äusserst wichtig ist.

Weitere Informationen:
COPRET
[Jean-François Cuénod](#)

Die Sektion Konfliktprävention und Transformation (COPRET) der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) beteiligt sich aktiv an der internationalen Diskussion im DAC. Die Schweiz engagiert sich aber nicht nur international zum Thema. Sie hat eine entsprechende Arbeitsgruppe im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten gegründet, deren Schlussbericht gerade veröffentlicht wird. Als nächste Schritte werden die Schlussfolgerungen des Berichtes in den beiden Pilotländern Nepal und Kosovo angewendet und die entsprechenden Lehren innerhalb der Verwaltung kommuniziert. 04.04.2007

Links

- [DEZA](#)
- [EDA, Menschliche Sicherheit](#)
- [Dokumente](#) der OECD zum Treffen
- [DAC/OECD](#) Infos zu Konflikten, zur Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit
- [DAC/OECD-Richtlinien](#) über die Reform der Sicherheitssysteme: Förderung der Sicherheit und Gerechtigkeit

Weitere Informationen:
COPRET [Cristina Hoyos](#)
PA IV [Carol Mottet](#)

Treffen des Ausschusses für Entwicklungshilfe der OECD

Anfang Mai fand in Paris das 11. Treffen des „Development Assistance Committee“ (DAC) der OECD zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit statt. Die Schweiz war durch die Sektion Konfliktprävention und Transformation (COPRET) der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sowie der politischen Abteilung IV (PA IV) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) vertreten. Die COPRET-Leiterin Cristina Hoyos wurde zusammen mit der Vertreterin der europäischen Union als Co-Präsidentin wiedergewählt.

Hauptthema des Treffens war die Diskussion der neuen Leitlinien des DAC zur Reform des Sicherheitssektors (SSR). Dabei wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass eine möglichst grosse Anzahl Staaten dem Ansatz der Schweiz folgen wird. Die Schweiz setzt sich für ein Vorgehen ein, das innerhalb der Verwaltung in den Bereichen Entwicklung, Diplomatie und Verteidigung abgesprochen wird. Die COPRET tauscht ihre Erfahrungen dazu mit anderen Geberorganisationen aus.

An dem Treffen wurde gefordert, dass die Leitlinien des DAC einen wichtigen Beitrag an die gegenwärtig vom UNO-Sicherheitsrat geführten Debatte über SSR leisten sowie in den entsprechenden Bericht des UNO-Generalsekretärs aufgenommen werden sollen. Weitere diskutierten Themen waren die bewaffnete Gewalt und die Entwicklungsperspektiven, die Verantwortlichkeit und Transparenz hinsichtlich der öffentlichen Hilfe zur Verringerung von Konflikten, die Friedens- und Sicherheitsförderung, der Aufbau von Warn- und Frühwarnsystemen und die Wahrung von Menschenrechten, Frieden und Sicherheit.

Die COPRET hat an dem Treffen die Studie zu Nepal „Staying engaged“ vorgestellt. Es handelt sich dabei um ein gutes Beispiel eines Ansatzes auf gesamter Verwaltungsebene und wurde von den anderen Mitgliedstaaten mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen. Zurzeit ist zudem eine DAC-Richtlinie über die Bewertung der Aktivitäten zur Konfliktverhinderung und zur Friedenskonsolidierung in Vorbereitung, an der die COPRET mitarbeitet. 14.05.2007

Links

- [Stand Fallbeispiele](#)
- [Übersicht Reflexionsprozesse Partnerwerke BfA](#)
- Mountain Research and Development. No 2/2006. Special Issue „Religion and Sacredness in Mountains. Religion and Spirituality: Pathway to Sustainable Development?“. [Bestellungen](#)
- Markus Weingardt. [Der vergessene Faktor: Das Friedenspotential von Religionen](#). In: Jahresbericht 2006 der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg.

Weitere Informationen:
DEZA
[Anne-Marie Holenstein](#)

Zwischenergebnisse des DEZA-Projekts zur Rolle von Religion in der Entwicklungszusammenarbeit

Seit 2002 führen die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) sowie säkulare und kirchliche Hilfswerke einen Reflexionsprozess zur Rolle und Bedeutung von Religion und Spiritualität in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Kürzlich informierte die DEZA über den Stand des Projekts und über die Planung für die kommenden Monate.

Zurzeit werden zwölf Fallbeispiele bearbeitet (vgl. „Stand Fallbeispiele“). Daran beteiligt sind die Nichtregierungsorganisationen Bethlehem Mission Immensee, Brot für alle, Caritas, Fastenopfer, HEKS, swisspeace, „Traditions pour demain“ und das „Centro Inter-Eclesial de Estudios Teológicos y Social“ in Nicaragua. Die Vorgehensweisen haben die Organisationen entsprechend ihren Bedürfnissen selber bestimmt. Die DEZA plant, die ersten fünf bis sechs Fallbeispiele im Herbst zu veröffentlichen. Dabei sollen auch die Ergebnisse der Reflexionsprozesse einfließen, die Brot für alle mit seinen Partnerorganisationen durchgeführt hat. Diese haben im vergangenen Januar in einem Workshop eine entsprechende Übersicht erstellt (vgl. „Übersicht Reflexionsprozesse Partnerwerke BfA“).

Im Rahmen des Projekts überarbeitet die DEZA im Weiteren ihre im Dezember 2004 veröffentlichten „Qualitätskriterien und Leitfragen für den Umgang mit Potentialen und Risiken von Religion und Spiritualität in Programmpartnerschaften zwischen DEZA und Faith Based Organisations“. In der Zwischenzeit habe das Wissen dazu vertieft werden können, schreibt die DEZA.

Wenn Bedarf besteht, will die DEZA im kommenden September einen Workshop für alle interessierten Kreise veranstalten. Dabei sollen Erfahrungen zu den vorliegenden Fallbeispielen ausgetauscht und Rückmeldungen zu den überarbeiteten Qualitätskriterien gemacht werden.

10.05.2007

Internationale Partnerorganisationen

Links

Diese Rubrik enthält Neuigkeiten von neun Partnerorganisationen, mit denen KOFF strategische Allianzen unterhält:

- [Berghof-Center](#)
- [CDA Collaborative Learning Projects](#)
- [Conciliation Resources](#)
- [European Centre for Conflict Prevention](#)

Conciliation Resources

- CR hat einen [Workshop-Bericht](#) zu „Incentives, sanctions and conditionalities“ veröffentlicht.
- CR hat ein [Pilotprojekt](#) in Sierra Leone begonnen, das auf das Engagement der Bürger im Sicherheitssektor abzielt.
- Das „Comparative Learning project“ von CR in Kolumbien und auf den Philippinen hat einen [Bericht](#) veröffentlicht, der neue Blickwinkel in Konfliktlösungsstrategien aufzeigt.

EPLO

- International Alert, Saferworld und EPLO haben die [Publikation](#) „Acting on Commitments: How EU Strategies and programming can better prevent violent conflict“ veröffentlicht.

- [European Peacebuilding Liaison Office \(EPLO\)](#)
- [Gruppe Friedensentwicklung \(FriEnt\)](#)
- [International Alert](#)
- [Plattform Zivile Konfliktbearbeitung](#)
- [SPICE/GTZ](#)

- Die EU-Kommission hat eine neue [Initiative](#) zu Zusammenarbeit der EU in der Region des Schwarzen Meeres publiziert.

FriEnt

- FriEnt hat einen [Leitfaden](#) zu Übergangsjustiz sowie einen [Artikel](#) zweier chinesischer Wissenschaftler zur chinesischen Afrikapolitik im Hinblick auf Friedensförderung veröffentlicht.

International Alert

- Das „Peaceworkers project“ von International Alert verweist auf verschiedene [Trainings](#) wie den neuen Kurs „Core Skills for Working in Conflict“, eine Einführung zu Wahlbeobachtungsmissionen und das Training „Working for Peace in the Midst of Conflict“.

Veranstaltungen

Info

Diese Rubrik enthält Hinweise zu ausgewählten Veranstaltungen im Zusammenhang mit der zivilen Friedensförderung.

Weitere [Hinweise](#) finden sich im KOFF-Infomarkt.

- Mehr als 40 Schweizer Organisationen veranstalten zwischen dem 3. und 9. Juni verschiedene [Aktionen](#) zum 40. Jahrestag der israelischen Besetzung von palästinensischem Gebiet.
- In Genf findet am 4. und 5. Juni die [Konferenz](#) „Exploring Criteria and Conditions for Engaging Non-State Actors to Respect Humanitarian Law and Human Rights Law“ statt. Organisiert wird der Anlass von Geneva Call, UNIDIR und PSIO.
- KOFF-swisspeace organisiert am 13. Juni die [Veranstaltung](#) „Water linking People. The potential of water for cooperation“.
- Ebenfalls am 13. Juni findet bei KOFF ein [Rundtisch](#) zu Sri Lanka statt mit dem Titel „New solutions to solving the conflict“.
- Die Politische Abteilung IV des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten organisiert zusammen mit dem dänischen Institut für Menschenrechte am 26. Juni in Kopenhagen einen [Workshop](#) zu „human rights and business“.
- Am 29. Juni führen das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) und swisspeace zusammen in Bern die [Podiumsdiskussion](#) „Fairer Handel: Eine sinnvolle Strategie zur Armutsreduktion?“ durch.
- Die „[TRANSCEND Peace University Summer 2007](#)“ beginnt am 9. Juli und dauert bis zum 27. August. Direktor der Kursblöcke „Peace Zones“ und „Non-violent Political Institutions“ ist Christophe Barbey, Direktor der „Association pour la demilitarization“ (APRED).

Publikationen

Info

[Dieses Schicksal unterschreibe ich nicht](#)

Dieses Schicksal unterschreibe ich nicht. Gespräche im Balkan.

Was ist seit dem Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaats geschehen? Was denken Intellektuelle über ihr Land, die Region, den Krieg? Welche Chancen bietet die Zukunft? Das Buch von René Holenstein, Leiter der Sektion Gouvernanz der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), wirft einen vielfältigen Blick auf die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft der Balkanregion. Das Engagement der 19 Interviewten – Journalisten, Dichterinnen und Theaterschaffenden, Rechtsanwältinnen und Theologen, Philosophen und Soziologinnen aus Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo – umfasst Bereiche wie Menschenrechte und Demokratie, Aufarbeitung der Geschichte, Situation der Frauen, Kultur, Religion, nationale Identität und Globalisierung. Die vielen Querbezüge zwischen den einzelnen Gesprächen geben einen Eindruck davon, wie Intellektuelle im ehemaligen Jugoslawien zusammengearbeitet haben. Die meisten Gespräche führte René Holenstein in den Jahren 2005/06. Das Buch enthält ein Nachwort von Carla Del Ponte, Chefanklägerin beim Uno-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag. Am 13. Juni findet in der Buchhandlung KLIO, Zähringerstrasse 45 in Zürich eine Buchpräsentation statt.

Webtipp

Info

[Online-Dossier](#)

Neues Online-Dossier zum Thema innerstaatliche Konflikte

Die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung hat auf ihrer Website ein neues Dossier zum Thema innerstaatliche Konflikte aufgeschaltet. Darin berichten mehr als zwanzig ausgewiesenen Expertinnen und Experten der Friedens- und Konfliktforschung über das Thema. Die Texte sind in vier Bereiche gegliedert:

Wie unterscheiden sich ethnopolitische Konflikte von Ressourcenkonflikten? Wie scharf kann man Typen von Konflikten voneinander trennen? Der Bereich „Geschichte, Definition, Tendenzen“ liefert Konfliktdefinitionen und beschreibt verschiedene Formen und Typen von Konflikten.

Die Rubrik „Konflikte in der internationalen Politik“ beleuchtet, wie innerstaatliche Konflikte seit dem Ende des Ost-West-Konflikts die internationale Politik herausfordern und zeigt auf, was die internationale Gemeinschaft über diese Konflikte gelernt hat. Themen in dieser Rubrik sind beispielsweise fragile Staatlichkeit, veränderte Konflikte und Interessen der Akteure.



Ein weiterer Bereich enthält eine Reihe verschiedener Konfliktporträts, unter anderem aus Afghanistan, Indonesien, Nahost, Serbien/Kosovo, Sri Lanka und Sudan. Der vierte Themenkomplex des Web-Dossiers umfasst Konzepte, Strategien und Tätigkeitsfelder der Bearbeitung innerstaatlicher Konflikte. Hier gibt es Texte zu den Themen Friedensförderung, Prävention, Entwicklungszusammenarbeit, Sicherheitssektor, Vergangenheitsarbeit und Versöhnung.

Herausgeber: Kompetenzzentrum Friedensförderung (KOFF) / [swisspeace](#)

Adresse: Sonnenbergstrasse 17, CH - 3000 Bern 7
Tel: +41 (0)31 330 12 12; Fax: +41 (0)31 330 12 13

Redaktion: [Lorenz Jakob](#)

Der KOFF-Newsletter erscheint am 1. jedes Monats (ohne 1. August und 1. Januar) in Deutsch, Englisch und Französisch. Der Newsletter wird elektronisch vertrieben. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind auf den KOFF-[Webseiten](#) im PDF-Format herunterladbar. Im [Online-Archiv](#) können sämtliche Artikel nach Suchbegriffen abgefragt werden.

Das KOFF wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten ([EDA](#)) sowie den folgenden Schweizer Nichtregierungsorganisationen:

• [Alliance Sud](#) • [APRED](#) • [BAHA'Í](#) • [Brücke Le pont](#) • [Caritas Schweiz](#) • [CASIN](#) • [cfd](#) • [CIMERA](#) • [DCAF](#) • [Fastenopfer](#) • [Fondation Hironnelle](#) • [Forum für Friedenserziehung](#) • [Frauen für den Frieden Schweiz](#) • [FriedensFrauen Weltweit](#) • [Gemeinden Gemeinsam Schweiz](#) • [Geneva Call](#) • [Gesellschaft für bedrohte Völker](#) • [GSoA](#) • [HEKS](#) • [Helvetas](#) • [Info-Link.org](#) • [Intercooperation](#) • [International Association for Human Values](#) • [Interpeace](#) • [Interteam](#) • [LIPS](#) • [Medico International Schweiz](#) • [Medienhilfe](#) • [mission 21](#) • [MIVA Schweiz](#) • [Palmyrah](#) • [Peace Brigades International](#) • [Peace Watch Switzerland](#) • [Quaker United Nations Office](#) • [SAD](#) • [Schweizerische Flüchtlingshilfe](#) • [Schweizerischer Friedensrat](#) • [Schweizerisches Arbeiterhilfswerk](#) • [Schweizerischer Katholischer Frauenbund](#) • [Schweizerisches Rotes Kreuz](#) • [Service Civil International Schweiz](#) • [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#) • [Swissaid](#) • [World Vision Switzerland](#) • [Terre des Hommes Schweiz](#)